

2 Der Wolf im Jagdrecht
Änderung des Niedersächsischen
Jagdgesetzes

4 Sommerforen
Niedersachsens Zukunft in Stadt und Land

8 Gut Geschützt
Drei Fragen an den Präsidenten des
Deutschen Feuerwehrverbandes DFV



LEBENDIGE LÄNDLICHE RÄUME, STÄDTE UND ORTE

SOMMERFOREN 2021

EDITORIAL



Die Niedersächsinen und Niedersachsen haben gewählt. Die CDU ist und bleibt die stärkste kommunalpolitische Kraft.

Herzlichen Glückwunsch an die haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und viel Erfolg bei der Arbeit in der neuen Wahlperiode. Herzlichen Dank auch an die vielen Frauen und Männer, die bei der Wahl kandidiert haben und es nicht ganz geschafft haben.

Die Demokratie lebt vom Mitmachen und vom Wettbewerb der besten Ideen.

Ich freue mich sehr, dass auch viele Mitglieder der CDU Fraktion wieder verantwortungsvolle Aufgaben im Ehrenamt übernehmen. Die Verbindung der Erfahrung aus den Städten, Gemeinden, Landkreisen und der Region Hannover mit der Arbeit im Landtag ist für uns sehr wertvoll. Dadurch behalten wir bei unseren Beratungen und Beschlüssen die praktischen Auswirkungen in den Kommunen stets unmittelbar im Blick. Die kommunalpolitische Stärke der CDU ist die Basis für eine starke Politik im Land und im Bund!

Jens Nacke

Jens Nacke
Parlamentarischer
Geschäftsführer

REGIERUNGSFRAKTIONEN EINIGEN SICH AUF ÄNDERUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN JAGDGESETZES

Der Wolf kommt ins Jagdrecht

„Die CDU-Landtagsfraktion hat es gefordert, jetzt wird es umgesetzt: der Wolf wird in das Jagdrecht aufgenommen. Es ist ein wichtiges Signal für die Weidetierhalter und Jäger in Niedersachsen“, freut sich der Abgeordnete Frank Schmädeke. Der mehrfachen Risse von Weidetieren trotz Einzäunung in diesem Jahr zeigten, dass die immer wieder geforderte wolfsabweisende Zäunung unserer Nutztiere nicht die alleinige Lösung der Probleme sei.



Für ein rechtssicheres, effizientes und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiertes Wolfsmanagement müsse auf Grundlage der beim Bundesumweltministerium eingeforderten Feststellung des „günstigen Erhaltungszustandes“ eine Untergrenze für Wölfe nach französischem Vorbild festgeschrieben werden. „Wenn wir nicht handeln und kein Wolfsmanagement einführen, dann handeln wir als Staat nicht verantwortungsvoll“, so der Abgeordnete Schmädeke. Nun ist abschließend das Bundesumweltministerium am Zug.

FLÄCHENDECKENDE ZÄUNUNG NICHT FINANZ- UND LÖSUNGS-ORIENTIERT

Die streng geschützte Art „Wolf“ hat zwischenzeitlich ein Populationsniveau erreicht, bei dem immer wieder einmal Wölfe auffällig werden und bei denen nach Abwägung aller Alternativen eine letale Entnahme erforderlich ist. Mit der Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht sollen die Rahmenbedingungen für eine tier-

schutzkonforme und rechtssichere Entnahme geschaffen werden.

Die Besenderung einzelner Wölfe oder auch von Rudeln durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz soll wichtiger Bestandteil des Monitorings und Managements des Wolfes sein. Daher wird bei dieser Maßnahme und der sich weiträumig bewegenden Art auf die Genehmigung durch die Jagdbehörden verzichtet und die jagdrechtliche Erlaubnis durch das Gesetz direkt geregelt.

SCHUTZ VON KINDERN UND NUTZTIEREN HAT HÖCHSTE PRIORITÄT

„Der Abschuss des Wolfes ist dort, wo keine anderen Abwehrmaßnahmen zielführend sind, die einzig richtige Antwort auf die zunehmende Bedrohung. Wenn sein Fortbestand nicht länger gefährdet ist, gehört der Wolf wie jedes andere Wildtier auch ins Jagdrecht aufgenommen“, begründet der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer die Gesetzesänderung.

ARBEITSKREIS EHRENAMT

Weniger Bürokratie für Vereine beim Datenschutz und Transparenzregister

Die Anforderungen an den Datenschutz stellen insbesondere kleinere Vereine immer wieder vor große Probleme und verursachen Unsicherheiten. Im Rahmen der „Enquetekommission zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements“ wurde darüber beraten, wie man Vereinen den Umgang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erleichtern kann.



„Die Mitglieder der CDU innerhalb der Enquetekommission sprechen sich deutlich dafür aus, Vereine beim Datenschutz zu entlasten, damit bürokratischer Aufwand vermieden wird und die eigentliche Vereinsarbeit davon nicht überschattet wird“, erläutert der stellvertretende Vorsitzende der Enquetekommission Eike Holsten.

AUSBAU VON BERATUNGSANGEBOTEN

Dabei geht es sowohl um den Ausbau von Beratungsangeboten bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen, wie auch um eine Änderung bestehender Vorschriften: „Bei uns sind die Regelungen zur Einsetzung eines/r Datenschutzbeauftragten strenger, als es von der Datenschutz-Grundverordnung vorgeschrieben ist. Wir setzen uns in der Enquetekommission deshalb dafür ein, die bayrische Regelung zu übernehmen, nach der ein/e Datenschutzbeauftragte/r erst eingesetzt werden muss, sobald 20 Personen mehr als 50 % ihrer Arbeitszeit mit der Datenverarbeitung verbringen. Auf diesem Wege würden die meisten Vereine von der Pflicht zur Einsetzung eine/s Datenschutzbeauftragten befreit werden“.



Daneben sollen für die CDU-Fraktion die Regelungen zum sogenannten Medienprivileg auch für Vereine gelten, um Reglementierungen bei der Veröffentlichung der Vereinsarbeit zu reduzieren und um die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Und schließlich sollen auch die Regelungen für die Bemessung von Bußgeldern zukünftig für Vereine nicht mehr an den Umsatz, sondern stattdessen an den Gewinn geknüpft werden.

TRANSPARENZREGISTER VERSCHLANKEN

Eine weitere bürokratische Hürde und rechtliche Unsicherheit besteht neben dem Datenschutz bei dem mit dem 2017 eingeführten Geldwäschegesetz (GwG) eingehende Transparenzregister. Dieses soll dazu dienen, Transparenz bei den wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen des Privatrechts und eingetragener Personengesellschaften zu schaffen und setzt so unionsrechtliche Regelungen in Deutschland um.

Jörn Schepelmann, Obmann der CDU-Fraktion in der Enquete-Kommission Ehrenamt, sagt hierzu: „Menschen, die sich in ihrer Freizeit zum Wohle der Allgemeinheit engagieren, haben es verdient, dass man ihnen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit bietet.“



Der bürokratische Aufwand, die rechtliche Unsicherheit sowie die finanzielle Belastung, die das Transparenzregister in seiner jetzigen Form mit sich bringt, tragen aus unserer Sicht nicht dazu bei, dies zu gewährleisten“. Deshalb will sich die CDU-Fraktion in der Enquete-Ehrenamt mit einem Positionspapier dafür starkmachen, dass die Vereine nicht mehr durch das Transparenzregister belastet werden.

Das Positionspapier finden Sie unter folgendem Link: <https://bit.ly/2Ygrvxb>



SOMMERFORUM

Lebendige ländliche Räume heute & morgen



SOMMERFOREN



Wir müssen uns in den Innenstädten den Herausforderungen von demografischem Wandel und verstärkter Digitalisierung des Einzelhandels stellen. Im ersten Sommerforum „Lebendige Städte & Orte - Perspektiven 2030“ haben wir daher gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister Bernd Althusmann und Fachleuten der Kommunen sowie aus Handel und Immobilienwirtschaft zahlreiche Ideen für die kommenden Jahre erarbeitet, die in die weitere Fraktionsarbeit einfließen werden.

Unser zweites Sommerforum firmierte unter dem Motto „Lebendige ländliche Räume“ mit dem Niedersächsischen Weg haben wir Umwelt und Landwirtschaft miteinander vereint. Diesen Weg wollen wir nun weitergehen. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten, unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und Experten diskutierten wir die Stärkung der ländlichen Räume.

SOMMERFORUM

Lebendige Städte & Orte - Perspektiven 2030



AUS DEM PLENUM

Schuldenstopp mit dem Doppelhaushalt, starke Sozialpartner für die Gestaltung guter Arbeitsbedingungen sowie Migrations- und Fluchtgeschichten sichtbar machen

Das erste Plenum nach der Sommerpause war geprägt vom Entwurf für den Doppelhaushalt 2022/2023. Damit soll erneut der Weg in zurück zum Landeshaushalt ohne neue Schulden beschritten werden. Daneben standen aber auch Themen der Sozialpartnerschaft und die Erweiterung des Museums Friedland auf der Tagesordnung des Niedersächsischen Landtags.



„Mit dem Haushaltsentwurf sind wir auf gutem Weg, um die Kreditfinanzierung des Landeshaushalts am Ende dieser Corona-Krise wieder zurückzufahren. Der Schuldenstopp ist in Sichtweite. Bereits 2024 wollen wir wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Und ab 2025 beginnen wir mit dem Abbau der Schulden, die wir jetzt aufnehmen mussten.“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele bei der Einbringung des Haushaltsbegleitgesetzes im Landtag.

„DIESE LANDESREGIERUNG KONSOLIDIERT DEN HAUSHALT, UND GLEICHZEITIG GESTALTEN WIR MIT WICHTIGEN MASSNAHMEN DIE POLITIK IN DIESEM LAND.“

Für die CDU-Fraktion liegt ein zukunftsorientierter Haushaltsentwurf vor, der mit ambitionierten Schwerpunkten Niedersachsen nachhaltig voranbringt. Dazu gehört beispielsweise die Einführung des Schüler- und Azubitickets durch Wirtschaftsminister Althusmann, der Gesellschaftsvertrag: Stadt.Land.ZUKUNFT, eine verstärkte Förderung Natur- und Gewässerschutzmaßnahmen im Rahmen des Niedersächsischen Weges, die Bekämpfung von Kriminalität im Bereich von Rechtsextremismus sowie Kinderpornografie und der weitere Ausbau der European Medical School.

„Solide Staatsfinanzen schützen die Bürger vor dem Risiko eines Staatsbankrotts und Preisstabilität schützt die Bürger vor einer quasi Enteignung durch Geldentwertung. Leider hat die Corona-Pandemie die Inflation zurückgebracht, die Teuerungsrate ist um 3,9 Prozent im August gestiegen“, so der Abgeordnete Christian Fühner. Vor allem die steigenden Energiepreise würden die Teuerung anheizen.

„SOLIDE STAATSFINANZEN SCHÜTZEN DIE BÜRGER – DIE INFLATION GEFÄHRDET DAS GESELLSCHAFTLICHE GLEICHGEWICHT“

„Die Inflation gefährdet das gesellschaftliche Gleichgewicht, das zu weiteren negativen Kettenreaktionen führen kann und wird. Negative Sparzinsen, höhere Verbraucherpreise und die Corona-Schulden sorgen übergreifend – in vielen sozialen Schichten – für wachsende Unsicherheit“, so der Abgeordnete. Die Krankenschwester, der Facharbeiter, die Industriearbeiterin oder der Bäckermeister dürften am Ende nicht die Leidtragenden sein, wenn sie auf dem Weg zum Kindergarten an der Zapfsäule stehen oder wenn sie für ihre Familien die Heizkostenrechnungen bezahlen müssen.



„In der Geschichte Friedlands steckt unsere Geschichte. Es ist die Geschichte von Flucht, Vertreibung und Deportation. Es ist die Geschichte von Heimatverlust und Zwangsmigration, von Angst und Hoffnung, von Ankommen und Integration“, beschreibt die CDU-Landtagsabgeordnete Editha Westmann die Bedeutung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und CDU „Migrations- und Fluchtgeschichten stärker sichtbar machen – Museum Friedland voranbringen“.

„ES GIBT KEINEN BESSEREN ORT ALS FRIEDLAND, UM DIE GESCHICHTE VON HEIMAT- UND HILFESUCHENDEN MENSCHEN ZU DOKUMENTIEREN“

Im Rahmen des vorgesehenen zweiten Bauabschnitts soll die jüngere Migrationsgeschichte stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. „Von Multimedia bis hin zu einzelnen Exponaten, wie sie bereits im Bahnhofsgebäude zu sehen sind, wird auch dieser Teil des Museums Friedland zu einem außerschulischen Lernort der besonderen Art werden, der eine große Strahlkraft weit über die Grenzen Niedersachsens hinaus haben wird“, so Westmann, die ebenfalls Kuratoriumsvorsitzende des Museums ist. Der Antrag sieht vor, die Bedeutung von Flucht und Vertreibung noch intensiver in den Schulunterricht zu integrieren und digitale Bildungs- und Vermittlungsangebote in Friedland auszubauen und zu stärken.



„SOZIALPARTNERSCHAFT UND TARIFPARTNERSCHAFT SIND VORAUSSETZUNGEN FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND FÜR DIE GEWINNUNG QUALIFIZIERTER FACHKRÄFTE.“

„Unsere Sozialpartner tragen durch ihre gemeinsame Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen und durch ihr konsensorientiertes Handeln maßgeblich zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und damit zum sozialen Frieden in Deutschland und auch in Niedersachsen bei. Besonders die mit der Digitalisierung verbundene Entkopplung des Arbeitsplatzes hin zum Mobilien Arbeiten erfordert allerdings neue Spielregeln für beide Seiten des Unternehmens“, betont der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Karl-Heinz Bley.

Gleichzeitig müssten Regelungen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitszeit rechtssicher für den Arbeitgeber umsetzbar und gestaltbar sein, wie zum Beispiel die Sicherstellung des Gesundheitsschutzes beim Mobilien Arbeiten und die Arbeitszeiterfassung.



3 FRAGEN AN...

Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes zum Thema Zukunft der Feuerwehren und Katastrophenschutz

Von Niedersachsen nach Berlin - Welche Erfahrungen können Sie für die neue Aufgabe aus Ihrem bisherigen Aufgabenbereich mitnehmen?

Ich bringe Führungserfahrung aus einem großen Verband mit mehr als 100.000 Mitgliedern mit. Auch Niedersachsen ist sehr vielfältig – von der Küste bis in den Harz und mit sehr viel Land dazwischen, da gibt es ebenfalls viele Interessen. Ich habe Kontakt zu Menschen in allen Positionen und umfangreiche Erfahrung als Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr. Ich will in Niedersachsen Erreichtes wie etwa die Absicherung unverheirateter Partner von Feuerwehrangehörigen im Todesfall auch auf Deutschland beziehen, auch wenn es im föderalen System schwieriger ist, eine einheitliche Lösung zu finden. Eine wertvolle Erfahrung für erfolgreiche Prozesse ist auch die Stärkung der Feuerwehren in Niedersachsen durch die Trennung der Aufgaben mit der Herauslösung der Regierungsbrandmeister (ehemals Bezirksbrandmeister) aus der Polizei und Schaffung des neuen zentralen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz mit Sitz in Celle.

Wie sollte die ehrenamtliche Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr verbessert werden, um auch langfristig den Nachwuchs zu sichern?

Wir müssen Strukturen sichern, um die Feuerwehren zu sichern: Strukturschwache Gebiete haben tendenziell eher Probleme, Feuerwehrangehörige etwa aus der Jugendfeuerwehr auch für den Dienst in der Einsatzabteilung zu halten. Wer vor Ort lebt und arbeitet, engagiert sich wahrscheinlicher auch in der Feuerwehr. Doppelmitgliedschaften (Wohnort/Arbeitsort) sind auch eine Option vor allem in ländlichen Gebieten, erfordern aber doppeltes Engagement. Die Stärkung des Ehrenamtes kann dadurch erfolgen, das Ehrenamt von unnötigen Aufgaben in der Verwaltung zu entlasten, zum Beispiel durch Verwaltungshelfer. Anreize schaffen – nicht Lohn, aber Dank: Kostenfreier Eintritt in kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder (Ehrenamts-card), Rentenpunkte (Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit bei Altersvorsorge), Berücksichtigung bei Arbeitsplätzen in kommunalen Betrieben, um Tagesalarmsicherheit zu erhalten. Immer wichtig ist auch, dass die Kommunen Ehrenamtliche unproblematisch für Einsatz und Ausbildung freistellen und hier ein Vorbild als „Partner der Feuerwehr“ sind.

Welche ersten Lehren ziehen Sie aus der Flutkatastrophe im Westen Deutschlands und müssen die Feuerwehren im Katastrophenschutz weiter gestärkt werden?

Aktuell werten wir die Ereignisse der Flutkatastrophe aus dem Juli 2021 aus. Aber auch andere Einsatzlagen wie etwa Vegetationsbrände und Schneekatastrophen müssen berücksichtigt werden. Generell kann man bereits jetzt sagen: Die Bevölkerung muss sich besser informieren können, muss sich aber auch informieren wollen. Warnsignale etwa durch Sirenen, aber auch andere Möglichkeiten der Warnung der Bevölkerung, müssen bekannt sein und genutzt werden – von beiden Seiten. Das Bewusstsein der Resilienz z.B. zur Selbstversorgung bei einer länger andauernden Lage muss gestärkt werden. Wir haben dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe angeboten, hier den bundesweit vorhandenen Pool an Feuerwehrangehörigen in der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung zu nutzen!

Die Feuerwehren sind mit einer Million Menschen das Rückgrat im Katastrophenschutz. Es gilt, die Feuerwehren und ihre Reaktionsfähigkeit weiter zu stärken. Zum Einsatz gehören immer Mannschaft und Gerät: Also gut ausgebildetes, verfügbares Personal genau wie moderne, funktionale Fahrzeuge und Ausrüstung. Spezialfahrzeuge für Katastrophenlagen (etwa wadfähige Fahrzeuge für Überflutungen, Waldbrandfahrzeuge für Vegetationsbrandbekämpfung) müssen schnell und problemlos beschafft werden!



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Sabine Busse
Jan Gutzeit
Ralph Makolla
Doreen Helms
Jens Thurow
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook & Instagram:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

Bundestagswahl: **26. September 2021**
Stichwahlen Kommunalwahl: **26. September 2021**
Fraktionsitzung (Videokonferenz): **5. Oktober 2021**
Fraktionsitzung (Präsenz): **12. Oktober 2021**
Landtagsplenum: **13. bis 15. Oktober 2021**

Bildnachweis:
Jens Nacke: Tobias Koch
Landtag: Focke Strangmann
Karl-Heinz Banse: R.-Thumser (DFV)
Alle anderen Bilder pixabay.com und AdobeStock